

**Titel** Ostpolitik – aber wie?

**AntragstellerInnen** Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Ostpolitik – aber wie?

1 1. Wie sind wir da hingekommen?

2

3 Die Frage nach dem richtigen Umgang mit Russland beschäftigt die Sozialdemokratie schon sehr lange und sehr  
4 intensiv. Zuletzt hat die SPD Anfang 2017 um eine Strategie gerungen. Dabei ist zu beachten, dass sich seit unserem  
5 letzten Beschluss zu diesem Themenfeld auf dem Bundeskongress 2015 die Situation eher verhärtet hat. Eine Lösung  
6 bspw. der Situation in der Ukraine ist nicht in Sicht. Dabei ist auch festzustellen, dass in Ost- und Westdeutschland  
7 die Einstellungen zur sogenannten „Ostpolitik“ auch innerhalb der SPD auseinander gehen. Zur Herausbildung einer  
8 neuen außenpolitischen Strategie bedarf es für uns klarer sozialdemokratischer Haltungen sowie definierter Roter  
9 Linien einer Bundesregierung genauso wie die Vertiefung und Wiederaufnahme enger partnerschaftlicher Kontakte  
10 zu Russland und den Staaten des osteuropäischen Raumes.

11 Für ein Verständnis der aktuellen Lage ist dabei auch eine Betrachtung der historischen Abläufe und ihrer unter-  
12 schiedlichen Bewertung in Ost und West notwendig. So nimmt die russische Öffentlichkeit den Zerfall der Sowjetuni-  
13 on bis heute als eine große Katastrophe, gefolgt von einer chaotischen Periode der übereilten auch ökonomischen  
14 Transformation wahr. In Deutschland blickte man hingegen – auch unter dem Eindruck der Wiedervereinigung – po-  
15 sitiv auf die 1990er Jahre. Die liberale Demokratie hatte gesiegt. Einige beschworen bereits das Ende der Geschichte  
16 herauf.

17 Die ökonomische Transformation der ehemaligen Sowjetunion folgte dem Washingtoner Konsens. Bedingt durch  
18 die Preisfreigabe sowie die Massenprivatisierung ehemals staatlicher Betriebe sackte das Bruttoinlandsprodukt von  
19 1992 bis 1998 um über 60 % zusammen. Der volkswirtschaftliche Einbruch führte zu einem erheblichen Wohlfahrts-  
20 verlust. Dies drückte sich unter anderem in einer sinkenden Lebenserwartung und schwindenden Kaufkraft aus.  
21 Zugleich profitieren einige wenige Personen maßgeblich von den sich bietenden Möglichkeiten der marktwirtschaft-  
22 lichen Öffnung. Folge waren die Ausbildung einer enormen Konzentration an Kapital und Macht in der Hand weniger  
23 Menschen: Die russische Oligarchie hatte sich herausgebildet.

24 Die Folgen dieser ökonomischen Machtkonzentration unterhöhlten die neu geschaffenen politischen Institutionen:  
25 Korruption und die Beeinflussung von Wahlen führten unter anderem zu einem Rückgang der politischen Freiheit. In  
26 dieser Situation gelang es Wladimir Putin zunächst Präsident, dann Ministerpräsident und schließlich wieder Präsi-  
27 dent zu werden. Ihm und seinem Umfeld gelingt es durch Propagierung von Nationalismus und einem gesellschaft-  
28 lichen Rollback, trotz sinkender wirtschaftlicher Zahlen, weiterhin hohe Popularität zu genießen.

29

30 2. Expansiver Nationalismus

31

32 Spätestens durch die Annexion der Krim – bzw. bereits durch den Krieg mit Georgien – sowie die Unterstützung  
33 separatistischer Elemente im ukrainischen Donbass hat Russland gegen ein elementares Prinzip der europäischen  
34 Nachkriegsordnung verstoßen: Die Grenzen souveräner Staaten stehen nicht zur Disposition. Die im Zuge dieser  
35 Vorgänge beschlossenen Sanktionen der Europäischen Union sind Ausdruck dieser Überzeugung. Sie sind mit kon-  
36 kreten Konditionen verbunden, die Russland aus unserer Sicht für eine Aufhebung oder Reduzierung zu erfüllen hat.  
37 Bei aller Kritik am Minsker Abkommen führt kein Weg an einer solchen Fixierung konkreter Konditionen vorbei. Sank-  
38 tionen sind kein Selbstzweck. In einer willkürlichen Sanktionierung unter unklaren Konditionen nach Vorbild unserer  
39 amerikanischen Partner\*innen sehen wir daher hingegen keinen Beitrag zum Frieden in Europa. Das Ziel konstruk-  
40 tiver Politik muss letztlich die vollständige Aufhebung der Sanktionen, unter Wiederherstellung der europäischen  
41 Friedensordnung sein.

42 Gleichzeitig ist festzustellen, dass Russland teilweise offen – durch Propagandainstrumente wie Russia Today – teil-  
43 weise verdeckt, bspw. durch Cyberattacken oder die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien weltweit versucht  
44 Chaos zu stiften und seinen Einfluss auszubauen. Dass die hierbei verbreiteten antiwestlichen Erzählungen von einer  
45 „Einkreisung Russlands durch die NATO“ und von Putin als dem „starken Mann, der Probleme löst“ auch in Teilen der  
46 westlichen Gesellschaft durchdringen, erfüllt uns mit Sorge. Wir müssen dieser Expansion – auch der ideologischen –  
47 in jedem Fall entgegentreten. Wir wollen eine freie Gesellschaft in Russland und nicht eine unfreie im Rest der Welt.

48 Die Situation wird in der jüngsten Vergangenheit durch die US-Regierung verschärft, welche aus Gründen der Eigen-  
49 profilierung diverse Rüstungskontrollverträge aufgekündigt hat.

50 Die erste und oberste Priorität hat für uns in jedem Fall die zivile Konfliktprevention und die Rüstungskontrolle. Die  
51 OSZE, der EU-Rat und die Vereinten Nationen stehen in diesem Sinne über allen militärischen Instrumenten. Erst  
52 wenn ihre Mittel restlos erschöpft sind, oder ein unmittelbarer Verteidigungsfall vorliegt, kann der Einsatz von Gewalt  
53 zur Verteidigung eine Option sein. Für diese klare Maßgabe müssen wir als Sozialdemokraten und Europäer zu jeder  
54 Zeit unmissverständlich eintreten.

55 Ziel des Prozesses muss es sein, den in der Pariser Charta für ein neues Europa angelegten Widerspruch zwischen  
56 der freien Wahl in Bündnisfragen und der Anerkennung individueller Sicherheitsbedürfnisse unter Beteiligung aller  
57 aufzulösen, sodass er nicht weiter als Rechtfertigung für unkontrollierte Aufrüstung sowie Verstöße gegen Völkerrecht  
58 dienen kann.

59

### 60 3. Gesellschaftlicher Rollback

61

62 Trotz des Faktes, dass Frauen\* in der UdSSR relativ schnell gleichberechtigt wurden und wirtschaftlichen tätig waren,  
63 herrschte und herrscht in der Gesellschaft ein konservatives Frauen\*bild vor.

64 So finden sich zwar in Parlamenten rund 55 % Frauen\* wieder, in der Staatsduma jedoch nur 14 %. Im Justizappa-  
65 rat beträgt der Frauen\*anteil sogar bis zu 68 %, sinkt jedoch in den höheren Ebenen der Verwaltung deutlich ab.  
66 Auch wenn die Beteiligung von Frauen\* in der Erwerbsarbeit relativ hoch ist, so arbeiten sie meist jedoch in schlecht  
67 bezahlten Berufen und dürfen angeblich „schwere“ Berufe wie Busfahrer\*innen nicht ausüben.

68 Am Ende des Monats verdienen sie im Schnitt nur 65 % von dem, was ihre „männlichen“ Kollegen ausgezahlt be-  
69 kommen. Parallel zur vollen Ausübung ihrer Erwerbsarbeit, übernehmen sie noch den Großteil der häuslichen Care-  
70 Arbeit. Diese Prozesse führten und führen dazu, dass das Gesicht der Armut in Russland weiblich ist. Dies betrifft  
71 besonders alleinerziehende Mütter und Rentner\*innen.

72 Im Zuge der Putin-Ära fand in Abgrenzung zum „Westen“ ein wiedererstarken reaktionärer Rollenbilder statt. Dies ging  
73 einher mit der Verwendung von Biologismen, um die Diskriminierung von Frauen\* als gegeben festzuschreiben. Die  
74 Einschränkung von Abtreibungsrechten und die Förderung der „traditionellen Familie“ sind offizielle Regierungslinie,  
75 die auch durch religiösen Einfluss bedingt ist. Insbesondere in Tschetschenien und im Kaukasus sind Kinderehen,  
76 Ehrenmorde und weibliche Genitalverstümmelung wieder auf dem Vormarsch.

77 Gewalt gegen Frauen wird in Russland kaum verfolgt. Lediglich Vergewaltigungen sind illegal. Häusliche Gewalt gilt nur  
78 als Kavaliersdelikt. Unzählige Frauen\* werden zum Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution. NGO's, die

79 sich für Frauen\*rechte einsetzen und gegen die benannten Missstände ankämpfen, erfahren staatliche Repressionen  
80 und Schikane z.B. durch die Einstufung als "westliche Agenten".

81 Exemplarisch sei hier auch auf die Situation von LGBTTIQA\* verwiesen: Trotz der Abschaffung des gesetzlichen Ver-  
82 botes (1993) und der Aufhebung der Einstufung als psychische Erkrankung (1999) erleben sowohl homosexuelle als  
83 auch queere Menschen noch heute starke Diskriminierung.

84 So kam es 2013 zu einem Verbot von "Propaganda für Homosexualität". Dies bedeutet, dass in der Anwesenheit  
85 von Minderjährigen nicht positiv über Homosexualität geredet werden darf. Begründet wird dies mit scheinheiligen  
86 Äußerungen wie dem "Schutz der Sitten" und "Risiken für die Volksgesundheit".

87 In der autonomen Teilrepublik Tschetschenien kommt es seit 2017 regelmäßig zu willkürlichen Verhaftungen und  
88 ungesetzlichen Hinrichtungen schwuler Männer mit zumindest bestehender Kenntnis der russischen Regierung. Das  
89 Regime spricht im Zusammenhang entsprechender Berichte von Lügen mit dem Hinweis darauf, dass es in Tsche-  
90 tschenien "keine schwulen Männer geben könne." Trotz Verurteilung der EU im Jahr 2019, verfolgen sowohl Politik  
91 als auch Kirche eine reaktionär-orthodoxe Linie und verurteilen LGBTTIQA\* als einen negativen Einfluss aus "dem  
92 Westen".

93

#### 94 4. Zivilgesellschaft und Annäherung

95

96 Doch es gibt auch Hoffnung. Gegen diese und weitere Missstände regt sich in Russland zusehends Widerstand. In  
97 den letzten Jahren ist die Entstehung und Verfestigung einer selbstbewussten Zivilgesellschaft, die ihre universellen  
98 Menschenrechte einfordert, zu beobachten. Aufgabe einer jungsozialistischen "Russlandpolitik" kann es nur sein,  
99 diese zivilgesellschaftlichen Proteste zu stärken und zu unterstützen, ohne sie dadurch zum Ziel weitergehender  
100 Repressionen zu machen. Bei jeder Betrachtung und Positionsfindung in Bezug auf die russische Politik dürfen wir als  
101 Jusos niemals aus den Augen verlieren, dass auch die Russische Föderation eine heterogene Gesellschaft, bestehend  
102 aus verschiedensten Gruppierungen und Individuen ist.

103 Dieses Jahr fanden Kommunalwahlen in Moskau statt. Im Zuge der Vorbereitung dieser Wahlen kam es zu großen  
104 Demonstrationen. Diese resultierten aus dem Fakt, dass kein\*e einzige\*r oppositionelle\*r Kandidat\*in zugelassen  
105 wurde, obwohl 57 Kandidierende es schafften, die ohnehin hohen Hürden der Wahlzulassung (3 % Unterschriften  
106 von im Wahlbezirk registrierten Wähler\*innen) zu erfüllen. Unter dem

107 Slogan „Ich habe das Recht auf eine Wahl“ versammelten sich Demokrat\*innen in Moskau, um gegen diese Repres-  
108 sionen zu protestieren. Gleichzeitig fanden auch in weiteren russischen Städten Solidaritätskundgebungen statt. An  
109 den Demonstrationen nahmen bis zu 50.000 Menschen teil, trotzdem wurden sie brutal durch Sicherheitskräfte nie-  
110 dergeschlagen. Allein bei der ersten Demonstration in Moskau wurden 1.300 Menschen verhaftet und viele von ihnen  
111 auf Grundlage des Vorwurfs der „Behinderung freier Wahlen“ zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt.

112 Zu diesem Zwecke müssen wir auf allen Ebenen darauf hinwirken, dass das Bestehen auf demokratische Bürger\*in-  
113 nenrechte und die universellen Menschenrechte Bedingung einer jeden Vereinbarung mit der Russischen Föderation  
114 wird und auf die Verletzung entsprechender Rechte bei jedem diplomatischem Austausch hingewiesen und auch kri-  
115 tisiert wird. "Wandel durch Annäherung" darf besonders nach sozialdemokratischer Lesart nicht mehr "Handel durch  
116 Annäherung" bedeuten. Denkbare Aufhebungen von Sanktionen dürfen nur unter der Bedingung der Verbesserung  
117 der Menschenrechtslage stattfinden. Ein naives Vertrauen darauf, dass dies geschieht, darf nicht zur Prämisse wer-  
118 den. Für gute bestehende Kooperationen und die Aufrechterhaltung dieser geschlossenen, muss in einem gewissen  
119 Rahmen auch Kontrolle erfolgen.

120

#### 121 5. Interessen Mittel- und Osteuropäischer (MOE) Länder

122

123 Zentraler Punkt einer sozialdemokratischen Außenpolitik muss die internationale Solidarität sein. Dabei ist für uns  
124 wichtig, dass wir keine Politik gegen die Staaten machen wollen, welche zwischen Deutschland und Russland liegen  
125 und teilweise eine völlig andere Perspektive auf die Situation haben, als Deutschland.

126 Das Baltikum, die Visegrad-Staaten und die Ukraine - während des Kalten Krieges durch die Sowjetunion okkupiert,  
127 Satellitenstaat oder Teil der Sowjetunion - befanden sich seit jeher zwischen "dem Westen" und Russland. Sie ha-  
128 ben für beide Seiten eine strategische Relevanz, kulturelle Verbindungen in beide Richtungen und gleichzeitig ein  
129 legitimes Sicherheitsinteresse. Durch die strategische Relevanz ergeben sich Risiken für die Stabilität, besonders für  
130 Gesellschaft (russophone Menschen im Baltikum und der Ukraine), Wirtschaft (Auswirkungen der Finanzkrise und  
131 Korruption) und Politik (Volatilität der Parteienlandschaften, Populismus).

132 Das Baltikum, die Visegrad-Staaten und die Ukraine entwickelten sich mit unterschiedlichem Tempo zu freien, demo-  
133 kratischen und rechtsstaatlichen Ländern, die, in Bezug auf das Baltikum und die Visegrad-Staaten, zwischen 1999  
134 und 2004 Teil der EU und NATO wurden. Diesen historischen Demokratisierungsprozess gilt es zu würdigen und zu  
135 unterstützen, auch wenn die rückläufigen Tendenzen in Polen und Ungarn massiv Grund zur Besorgnis sind. Auch  
136 die demokratische Entwicklung in der Ukraine wurde insbesondere in den letzten fünf Jahren beschleunigt und der  
137 Staat orientiert sich inzwischen stark an der Europäischen Union.

138 Die stärkere Anbindung von ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Paktes an die EU und NATO sorgt dafür, dass  
139 Russland in Erinnerung an ehemalige Bündnisse und aus dem Gefühl einer Bedrohung heraus wieder nach einem  
140 größeren Einfluss auf die Staaten in MOE strebt. Cyberangriffe, stetige Grenzverletzungen, der Krieg in Georgien und  
141 der Krieg in der Ukraine sorgen unter anderem dafür, dass die Außenpolitik Russlands von uns mit Sorge gesehen  
142 wird. Gerade die Staaten in Mittel- und Osteuropa befürchten, dass durch die Anfechtung ihrer nationalen Souverä-  
143 nität, die gezielte Delegitimierung von staatlichen Institutionen und die Beeinflussung der politischen Debatte ihre  
144 staatliche Integrität und Unabhängigkeit untergraben wird.

145 Gleichzeitig gibt es Bestrebungen in den baltischen Staaten und den Visegrad-Staaten, die Auslegung europäischer  
146 Werte neu zu verhandeln. Der Anspruch auf eine nationale Sonderrolle in der gemeinsamen Außen- und Sicherheits-  
147 politik (GASP) der EU führt dazu, dass eine verbindliche GASP erschwert wird. Gerade die von Deutschland forcierte  
148 Durchsetzung von Nord-Stream II fördert Vorbehalte gegen eine funktionierende europäische Sicherheitsarchitektur.

149 **Baltikum:** 30 Jahre nach dem Baltischen Weg einer Menschenkette von Vilnius bis Tallinn, die maßgeblich zur Wie-  
150 dererlangung der Unabhängigkeit beitrug, sehen Estland, Lettland und Litauen die Außenpolitik Russlands kritischer  
151 denn je. Russische Kampfjets, die rechtswidrig in das Territorium der baltischen Staaten eindringen, Cyberangriffe  
152 und ein revisionistisches Geschichtsbild in Russland bezüglich der Okkupation der baltischen Staaten fördern das  
153 Misstrauen in die russische Außenpolitik. Gleichzeitig stellt der Umgang mit russophonen Einwohner\*innen in Est-  
154 land und Lettland ein Problem dar. Es wurde bislang kein Narrativ gefunden, das alle Einwohner\*innen gleichermaßen  
155 an den Staat bindet. Korruptionsskandale fördern das Misstrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen.  
156 In Lettland ist eine nationalistische Partei seit Jahren Teil der Regierungskoalition, in Estland bildet die konservative  
157 Partei eine Koalition mit einer Nazi-Partei. Nichtsdestotrotz profitiert die EU und NATO von der Mitgliedschaft der  
158 baltischen Länder: Deren Erfahrungen im Kampf gegen Desinformationskampagnen, Digitalisierung oder im Bereich  
159 der Cyberabwehr sind für die Europäische Union von größter Relevanz.

160 Neben konkreten Bedrohungen der nationalen Sicherheit sind Themen wie Energiesicherheit, insbesondere North-  
161 Stream II, Erinnerungspolitik und die Aufarbeitung der Okkupationszeit wichtige Themen. Die Bearbeitung dieser  
162 Themen sollte Teil der gesamteuropäischen Debatte sein und nicht nur auf Partikularinteressen der baltischen Staa-  
163 ten reduziert werden.

164 **Polen:** Unabhängig von der politischen Couleur sehen alle politischen Kräfte - von rechtskonservativ bis progressiv-  
165 sozialistisch - in Russland eine Bedrohung, wenn nicht für ihre territoriale, dann für ihre politische Integrität. Russland  
166 hat für Polen seit Jahrhunderten die Rolle der Hegemonialmacht eingenommen, die in verschiedenen Bündnissen  
167 mit anderen Großmächten über die territoriale Aufteilung des kleineren Nachbarn entscheidet - von den drei Teil-  
168 lungen Polens bis hin zum Ribbentrop-Molotow-Pakt. Diese historischen Vorbehalte werden aktuell bestärkt durch  
169 unterschiedliche Elemente. Konstitutiv für die anti-russische Stimmung, die durch die nationalkonservative Regie-  
170 rung geschürt wird, die sich zwar vom Regierungsstil an den autoritären Nachbarn annähert, deren außenpolitische  
171 Verhältnisse zu Russland jedoch mehr als unterkühlt sind, ist die Katastrophe von Smolensk im Jahre 2010. Um den  
172 Flugzeugabsturz, bei dem neben dem polnischen Staatspräsidenten viele weitere hochrangige Politiker\*innen ums  
173 Leben kamen, und dessen Opfer inzwischen zu nationalen Märtyrer\*innen stilisiert werden, ranken sich von offizieller  
174 Seite geschürte Verschwörungstheorien, Russland habe das Flugzeug abschießen lassen, um dem polnischen Staat  
175 zu schaden. Abgesehen von dieser dezidiert antirussischen Propaganda setzen sich aber sowohl liberal-konservative  
176 als auch linke Kräfte seriös mit der Bedrohung auseinander, die der russische Staat für Polen bildet. Die Befürchtung

177 einer neuen russischen Einflusszone am Rande der EU, zu der auch Polen gehören soll, Cyberattacken und die Beein-  
178 flussung durch russische Medien sowie aktuell besonders das Projekt Nord-Stream II und die dadurch befürchtete  
179 "Energie-Erpressung" sind in der polnischen Russland-Debatte wichtige Punkte. Mit diesen Sorgen fühlen sich viele  
180 Akteur\*innen der polnischen Politik in der EU nicht ernst genommen und kritisieren, dass Entscheidungen, die das  
181 europäisch-russische Verhältnis betreffen, über den Kopf der mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU  
182 getroffen werden.

183 Bei der politischen Auseinandersetzung mit Russland ist es sowohl aus deutscher als auch aus europäischer Perspek-  
184 tive relevant, die direkten Nachbarn Deutschlands, also die Mittel- und Osteuropäischen Staaten aktiv einzubeziehen.  
185 Sie sehen ihre Sicherheitsinteressen von der Europäischen Union nicht gewahrt, weil diese aus mittel- und osteuro-  
186 päischer Sicht den Anspruch auf Garantie militärischer Sicherheit nicht leisten könne. Stattdessen setzen Staaten wie  
187 Polen bei sicherheitspolitischen Fragen weiterhin auf die militärische Unterstützung der USA.

188

## 189 6. Forderungen

190

- 191 • eine europäische Außenpolitik in Bezug auf Russland unter Einbindung der Sicherheitsinteressen der MOE-  
192 Länder bei der Formulierung derselben; hierfür die Einrichtung einer europäischen Armee als Ersatz der na-  
193 tionalen Armeen unter Kontrolle des europäischen Parlaments essentiell
- 194 • langfristig gegenseitiger Abbau der bestehenden Sanktionen bei gleichzeitiger Verbesserung der Menschen-  
195 rechtsslage
- 196 • die Garantie einer Absicherung der Energieversorgung der MOE-Staaten unabhängig von Russland
- 197 • die Verstärkung von multilateralen Gesprächsformaten zwischen der EU und Russland unter Einbeziehung  
198 der MOE-Länder sowie des "Normandie-Formats" (De, Fr, Ru, Ukr), des "Weimarer Dreiecks" (De, Fr, Pl) oder  
199 der Ostseekooperation sowie die Schaffung potentieller neuer Formate in ähnlichem Rahmen
- 200 • die Formulierung des langfristigen Ziels der militärischen Abrüstung der Grenzregionen zwischen der Europäi-  
201 schen Union und Russland bei gleichzeitiger Berücksichtigung der aktuellen Sicherheitsinteressen der MOE-  
202 Staaten durch die militärische Präsenz Russlands
- 203 • Schaffung einer weltweiten Rüstungskontrollarchitektur mit dem langfristigen Ziel globaler Abrüstung auf al-  
204 len Seiten unter Einbeziehung der Kontrolle von Methoden der Cyberkriegsführung
- 205 • gemeinsame Anstrengungen innerhalb der EU zum Ausbau der Cybersicherheit aller Mitgliedsstaaten
- 206 • der Einsatz auf EU-Ebene für die institutionelle und strukturelle Unterstützung aller Mitgliedstaaten im Kampf  
207 gegen Desinformation sowie die Einrichtung von europäischen Programmen zur Förderung von Medienkennt-  
208 nis
- 209 • Wegfall des Visazwangs für junge Menschen aus Russland und der EU, sowie eine Unterstützung gegenseitiger  
210 Austauschprogramme – auch für NGOs
- 211 • Beginn der Verhandlungen eines Freihandelsabkommens zwischen Russland und der EU